

**Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Staatssekretariat für internationale  
Finanzfragen, Abteilung Märkte  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

11. März 2011

**Änderung des Bankengesetzes (too big to fail, TBTF)  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP begrüsst die vorgeschlagene Änderung des Bankengesetzes zur Minimierung der Too-big-to-fail-Problematik. Sie ist entschieden der Ansicht, dass insbesondere markant höhere Eigenmittelvorschriften notwendig sind, um ein rettendes – und möglicherweise seine Kräfte übersteigendes – Eingreifen des Staates in einer nächsten Krise zu verhindern.

**1. Grundsätzliche Bemerkungen**

Die EVP anerkennt die sorgfältige Ausarbeitung des Entwurfs und begrüsst insbesondere:

- Die Verschärfung der Eigenmittelvorschriften. Bei der Umsetzung dürfen diesbezüglich auf keinen Fall Abstriche gemacht werden.
- Die konsequente Beachtung des Subsidiaritäts- und Verhältnismässigkeitsprinzips beim Regulierungsvorhaben.
- Den Verzicht auf weitergehende Massnahmen wie Grössenbeschränkungen oder spezielle Bankenabgaben. Müssen die Banken zu Recht strenge Eigenmittelvorschriften erfüllen, sind sie nicht noch ein weiteres Mal durch spezielle „Strafsteuern“ oder Ähnliches zu belasten.

Kritisch beurteilt die EVP die vorgesehene Streichung der Emissionsabgabe auf Obligationen. Der Bundeshaushalt lässt es nicht zu, dass ohne Not auf eine Steuer verzichtet wird. Die Streichung lässt sich allenfalls damit rechtfertigen, dass das Wandlungskapital aus Gründen der Rechtssicherheit wenn immer möglich in der Schweiz emittiert werden sollte.

## **2. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln**

### **2.1. Zweckbestimmung, Begriff und Feststellung der Systemrelevanz (Art. 7 und 8)**

Die EVP ist mit der Zweckbestimmung, dem Begriff der Systemrelevanz und dem Verfahren zu ihrer Feststellung einverstanden. Es wäre höchstens denkbar, dass der Bundesrat und nicht die SNB die Systemrelevanz feststellt, um erstens die Unabhängigkeit der SNB nicht zu gefährden und zweitens Entscheide mit einer letztlich auch politischen Komponente konsequent beim Bundesrat anzusiedeln.

### **2.2. Besondere Anforderungen an systemrelevante Banken (Art. 9)**

Die EVP begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen in den Bereichen Eigenmittel, Liquidität, Risikoverteilung und Organisation (Art. 9 E-BankG). Die Massnahmen müssen sicher verhältnismässig, gleichzeitig aber auch streng sein. Eine Alibi-Übung verursacht nur Kosten und erhöht die Stabilität des Finanzsystems nicht. Entsprechend ist folgende Ergänzung in Art. 9 Abs. 1 denkbar:

#### **Art.9 Abs. 1 E-BankG**

1 ...nach dem Grad der Systemrelevanz der Banken. Sie müssen **die Ziele nach Art. 7 Abs. 2 voraussichtlich erfüllen**, verhältnismässig sein, die Auswirkungen auf die betroffenen Banken und den Wettbewerb berücksichtigen und international anerkannten Standards Rechnung tragen.

Kernpunkt der Vorlage sind die höheren Eigenmittelvorschriften. **Sie dürfen unter keinen Umständen aufgeweicht oder abgeschwächt werden!** Die EVP hat verschiedentlich betont, dass neue Eigenmittelvorschriften einschneidend sein müssen, weil sie andernfalls zuwenig wirksam sind, dass dann aber gleichzeitig die Finanzinstitute von weiteren Regulierungskosten und Sonderabgaben nach Möglichkeit zu verschonen sind.

Die EVP unterstützt die Aufteilung der Eigenmittelforderungen in eine Basiskomponente gemäss Basel III, einen Eigenmittelpuffer zur Verlustabsorbierung und als Reserve sowie eine mit zunehmender Systemrelevanz ansteigende, progressive Komponente. Auch die Höhe der für die Grossbanken vorgesehenen Eigenmittelvorschriften (4.5% Basiskapital, 8.5% Puffer und 6% progressive Komponente) sowie ihre Aufteilung (10% hartes Kernkapital, max. 9% Wandlungskapital (CoCo-Bonds)) erachtet die EVP als angemessen. Hier dürfen bei der Umsetzung keine Abstriche gemacht werden.

### **2.3. Umsetzung auf die einzelne Bank (Art. 10)**

Eine gewisse Skepsis ist angebracht bezüglich der vorgesehenen Rabatte auf den Eigenmittelvorschriften, wenn eine Bank die organisatorischen Mindestanforderungen betreffend Weiterführung der systemrelevanten Funktionen übertrifft. Es ist zwar richtig, dass diese Bemühungen honoriert werden, weil organisatorische Massnahmen im Krisenfall sehr entscheidend sein, in normalen Zeiten hingegen leicht als lästige Pflichtübung angesehen werden können. Die Eigenmittelrabatte dürfen aber keinesfalls zu hoch ausfallen.

### **2.4. Weiterführung systemrelevanter Funktionen (Art. 10a)**

Die EVP begrüsst die konsequente Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, indem systemrelevante Institute zuerst die Möglichkeit zum Nachweis haben, dass sie im Fall

*drohender Insolvenz ihre systemrelevanten Funktionen weiterführen könnten und die FINMA erst eingreifen darf, wenn dieser Nachweis nicht oder nicht ausreichend erbracht worden ist.*

## **2.5. Massnahmen im Bereich der Vergütungen (Art. 10b)**

*Dass der Bundesrat einer Bank, welche direkt oder indirekt staatliche Hilfe erhält, die Auszahlung von Boni verbieten kann, erscheint uns als eine Selbstverständlichkeit. Es ist deshalb richtig, dass der Bundesrat einen Stop der variablen Vergütungen anordnen kann. Eine Muss-Vorschrift bzw. ein Verbot variabler Vergütungen bei staatlicher Unterstützung wäre hingegen unangebracht, weil im Einzelfall eine gewisse Flexibilität vorhanden sein muss. Es geht hier weniger um die Boni der Top-Manager, sondern um die gut qualifizierten Mitarbeiter und Spezialisten, welche eine Bank in grossen Schwierigkeiten erst recht benötigt und deshalb marktgerecht bezahlen können muss.*

## **2.6. Zusätzliches Gesellschaftskapital (Art. 11 bis 13)**

*Zu den eher finanztechnischen Bestimmungen zur Schaffung von Vorrats- und Wandlungskapital in den Artikeln 11 bis 13 hat die EVP keine besonderen Anmerkungen. Sie unterstützt diese Neuerungen und begrüsst insbesondere, dass diese Instrumente eine laufende Beurteilung des betroffenen Institutes durch den Markt ermöglichen und die Beschaffungskosten beispielsweise von Wandlungskapital direkt auf das Risikoverhalten einer systemrelevanten Bank einwirken (indem sie günstiger Wandlungskapital aufnehmen kann, je weniger Risiken sie eingeht). Das Wandlungskapital dient dergestalt nicht nur als Puffer, sondern setzt auch Anreize für eine verantwortungsbewusste Risikokultur. Diese ist dringend notwendig.*

*Die EVP regt einzig an, Art. 13 Abs. 8 nochmals zu prüfen. Es ist unbestritten, dass die FINMA prüfen können muss, ob das Wandlungskapital so ausgestaltet ist, dass es den Eigenmittelvorschriften genügt. Es stellt sich aber die Frage, ob im Sinne einer zurückhaltenden Regulierung die üblichen Prozesse zur Eigenmittelüberprüfung dazu nicht ausreichen würden und damit auf eine Überprüfung des Wandlungskapitals bei der Ausgabe verzichtet werden kann. Da es im Interesse des betroffenen Instituts ist, dass sein Wandlungskapitalprogramm anschliessend an die Eigenmittel angerechnet wird, könnte auch eine Kann-Formulierung ausreichen: „Die Ausgabebedingungen für Wandlungskapital können vor der Ausgabe der FINMA zur Beurteilung vorgelegt werden.“ So könnten aufsichtsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Tauglichkeit des Wandlungskapitals zur Stärkung der Eigenmittel rechtzeitig angemeldet werden.*

## **2.7. Aufhebung der Stempelsteuer**

*Kritisch beurteilt die EVP die Aufhebung der Emissionsabgabe auf Obligationen (Art. 1 und 5a BG über die Stempelabgaben). So ist im Zusammenhang mit der aktuellen Vorlage eigentlich nur die Befreiung des Wandlungskapitals begründet: die CoCo-Bonds sollten aus Gründen der Rechtssicherheit wenn immer möglich in der Schweiz emittiert und deshalb von der Steuer befreit werden. Weil aber eine Abschaffung der Stempelsteuer nur für die CoCo-Bonds unter dem Aspekt der Gleichbehandlung störend wäre und die Aufhebung der Steuer auch den Schuldner (inkl. Bund, Kantone und Gemeinde) und nicht in erster Linie dem Finanzsektor dient, ist die EVP bereit, diese Kröte zu schlucken. Allerdings gilt es zu bedenken, dass es die finanzielle Situation des Bundeshaushaltes eigentlich nicht zulässt, ohne Not auf eine Steuer zu verzichten, und dass alle anderen Konsum- und Umsatzsteuern tendenziell steigen und nicht sinken.*

*Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Arbeit und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme!*

*Freundliche Grüsse*

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Heiner Studer'.

*Parteipräsident*

*Heiner Studer*

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joel Blunier'.

*Generalsekretär*

*Joel Blunier*